



Foto: IBA Hamburg GmbH / Kai Müllenhoff; im Bild mittig: Prof. Dr. Iris Reuther

Prof. Dr. Iris Reuther

Vita

Geboren 1959 in Mühlhausen/Thüringen. Ausbildung als Landschaftsgärtnerin. Architekturstudium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen (heute Bauhausuniversität), Diplom 1984. Forschungsstudium und Promotion zum Dr.-Ing. 1989. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR in Berlin. Forschungen zur behutsamen Stadterneuerung in Magdeburg, Berlin und Leipzig, stadtsoziologische Dokumentationsprojekte. Ab 1991 freie Architektin / Architektin für Stadtplanung und Mitglied der Architektenkammer Sachsen, 1992 Gründung des Büros für urbane Projekte gemeinsam mit Marta Doehler in Leipzig. 2007 - 2013 Führung des Büros für urbane Projekte. Arbeitsschwerpunkte: Transformationsstandorte, Stadterneuerung und Stadtumbau, konzeptioneller Städtebau, Integrierte Stadt- und Stadtteilentwicklung, Bauleitplanung, Beteiligungsprozesse, Medien- und Kunstprojekte. Mitwirkung in Projekten der Korrespondenzregion Bitterfeld-Dessau-Wittenberg zur EXPO 2000 (Masterplan Bitterfeld-Wolfen, Ferropolis-Stadt aus Eisen), Expertin und Projektverantwortliche im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 in Sachsen-Anhalt, Projekte im Rahmen eines „International Brownfield Exchange“ in Toronto und New York. Forschungs- und Publikationsprojekt „Zürich baut. Konzeptioneller Städtebau“ in Kooperation mit Angelus Eisinger. Medien- und Kunstprojekt „Heimat Moderne“ im Auftrag der Kulturstiftung des Bundes. Konzept und Forschungsbegleitung für das Gemeinschaftsvorhaben koopstadt - Integrierte Stadtentwicklung Bremen, Leipzig, Nürnberg. Zahlreiche Publikationen und Vorträge, darunter in Zürich, New York, Zhenzhen, Shanghai und Wien, Lehraufträge an der TU Berlin und der Universität Kassel. Von 2004 bis 2013 Professur für Stadt- und Regionalplanung im Institut für urbane Entwicklungen an der Universität Kassel. Betreuung von Diplomen, Masterarbeiten und Promotionen. Mitwirkung am Aufbau des Masterstudienganges Stadt- und Regionalentwicklung. Mitglied des Fachbereichsrates und verschiedener Hochschulgremien. Forschungsprojekte und Publikationen zur Rolle der kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung (Regiopolen). Mitwirkung im Think Tank zur Neuaufstellung des Österreichischen Raumordnungskonzeptes (ÖREK, 2010/11). Mitglied der SRL (Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung), 1996 Berufung als Mitglied des BDA, 2009 Berufung als Mitglied der DASL (Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung), seit 2010 hier Beisitzerin im Präsidium, 2002 - 2006 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des BBR/BBSR, 2002 - 2006 Mitglied des Baukollegiums der Stadt Zürich, 2008 - 2012 Mitglied des Berliner Baukollegiums, 2008 - 2012 Mitglied des Kuratoriums der Schader-Stiftung. Fachpreisrichterin in Juries für Architekten- und Städtebauwettbewerbe. Im Mai 2013 Berufung und Dienstantritt als Senatsbaudirektorin der Freien Hansestadt Bremen. Verantwortung für den Fachbereich Bau und Stadtentwicklung.

Thema des Vortrags

Wer setzt die zukunftsweisenden Impulse für das Bauen und Wohnen?

In der Freien Hansestadt Bremen wurde ein Bündnis für Wohnen auf den Weg gebracht. Vergleichbar mit Hamburg, hanseatisch also. Ziel ist es, im Zeitraum 2010 bis 2020 ca. 14.000 Wohnungen neu zu bauen, jährlich also etwa 1.300 Wohnungen zu realisieren, die sich auch Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen leisten können. Kerngedanken des Bremer Bündnisses für Wohnen sind:

- An einem gedeihlichen Klima für Wohnungsbau zu arbeiten und die Kooperation der Akteure des Wohnungsmarktes zu organisieren;
- Geeignete Wohnbauflächen in ausreichendem Maße bereitzustellen, die der Stadt gehören oder auf privaten Grundstücken aktivierbar sind und die in einem für Bremen hohen Maße (70 %) Geschößwohnungsbau umfassen, aber auch den Einfamilienhausbau in geeigneten Strukturen ermöglichen;
- Einen höheren Anteil an bezahlbaren Wohnungen (25 %) zu realisieren und dabei die Versorgung von Menschen zu berücksichtigen, die besondere Schwierigkeiten haben, sich am Wohnungsmarkt zu versorgen;
- Fremd agenzten Wohnungsbestand zu aktivieren und leer stehende Büro- und Gewerbeimmobilien mit vertretbarem Aufwand in Wohnraum umzuwandeln;
- Den Wohnungsbestand zu erneuern und energetisch zu sanieren;
- Das Mietniveau zu sichern und Mieterhöhungen mit sozialen Folgen zu verhindern;
- Ein Wohnungsmarktmonitoring mit entsprechenden Prognosen zu etablieren.

Das Bremer Bündnis für Wohnen hat für dieses Programm die Arbeits- und Kommunikationsstrukturen geschaffen, Regeln formuliert und Pilotprojekte initiiert. Das Wohnen in der Stadt, die Planung und der Bau von Wohnungen sind wieder eine zentrale Frage geworden. Die Stadt muss dabei vordenken, steuern und gemeinsam mit Partnern umsetzen. - Das klingt wie das kleine Einmaleins, ist es aber nicht nur. Deshalb der Versuch, das große Einmaleins zu skizzieren:

1_Wir haben eine neue Wohnungsfrage

Wir haben in den großen Städten mehrere Wohnungsfragen. Wir müssen den Nachholbedarf aus vergangenen Jahren, die Auswirkungen der Reurbanisierung, die Veränderungen unserer Stadtgesellschaften und Lebensweisen, die wachsenden Spreizungen der Einkommenssituationen und die massive Zunahme kleiner Haushalte - mithin die soziale Frage des Wohnens aktualisieren und zukunftsfähig beantworten. Das heißt, eine vorausschauende und verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit Quantitäten und Qualitäten für den Wohnungsbau betreiben, langfristige Entwicklungspotenziale und Aufnahmekapazitäten der Flächen und Standorte in den Blick nehmen, aber auch auf aktuelle Tendenzen reagieren. Man braucht Weitblick, Augenmaß und muss zugleich Kraftakte leisten, um die gesteckten Ziele und Größenordnungen des Wohnungsbaus umzusetzen.

2_Unsere Wiese ist die Innere Stadt

Die Wohnungsnachfrage und insbesondere die Wohnortpräferenzen richten sich in wachsendem Maße auf die Innere Stadt, die Innenstadt und zentrale Adressen. Das sind die integrierten Standorte in den gut erreichbaren und gut versorgten Quartieren der gewachsenen Stadtteile. Dazu gehören auch die Transformationsareale, wie in Bremen ein Klinikum oder die Überseestadt und schließlich Nachverdichtungen in ganz unterschiedlicher Korngröße, die bis an die inneren Ränder der Stadt reichen. Deshalb brauchen wir für unsere großen Städte neue Lesarten, was eigentlich die Innere Stadt ist und wo geeignete Wohnstandorte liegen, damit wir keine übermäßig extensive Entwicklung betreiben, Ladenhüter wieder auskramen und das erschlossene Terrain der Städte wesentlich vergrößern.

3_ Wohnungsbau ist Städtebau und Arbeit an Adressen

Das meint eine Reprogrammierung der in Frage kommenden Standorte in der Inneren Stadt. Hier brauchen wir Ideen und Konzepte für Wohnquartiere. Die muss man entwerfen, in den Kontext einfügen, mit geeigneten Nutzungsprogrammen und Wohnformen belegen, hierfür Planungs- und Baurecht schaffen und erschließen. Deshalb braucht man starke städtebauliche Muster und Konzepte für den öffentlichen Raum sowie eine sorgfältige Abwägung von Dichten, Typologien und Nutzungsmischungen. Das ist viel mehr als eine Ausweisung von Flächen, Quoten und Anteilen. Das ist eine Auseinandersetzung mit der gemischten Stadt.

4_Es geht um Wohnarchitektur

Mit dem Blick auf die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen Grundrissarbeit und Gebäudetypologien auf der Tagesordnung. Das schließt die Anforderungen an nachhaltiges Bauen ein. Die neuen Wohngebäude - ob groß, gemeinschaftlich oder individuell - müssen den veränderten Anforderungen genügen, robust, anpassungsfähig und alltags-tauglich sein. Ich beobachte, dass wir das noch nicht gut genug können, uns nicht genug Zeit nehmen können und womöglich die Schubladen öffnen und Bautypen mit normierten Grundrissen und gängigen Fassaden herausholen. Wir brauchen Masse, aber wir brauchen auch zukunftsfähige Baustrukturen und Gebäude. Dafür sind Pilotprojekte und Wettbewerbe erforderlich, die als Trainingspfade für alle Beteiligten funktionieren können.

5_Gemeinschaftswerk Wohnen

Wir müssen schneller und besser werden. Für die Stadt bedeutet das die Steuerung komplexer Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse, aber vor allem die Kooperation mit Partnern, die verstehen, dass Wohnungsbau ein Anliegen des Gemeinwesens ist. Jede Stadt hat dabei ihre eigene Wohnungsfrage, braucht eine passende Auslegeordnung, die sich erarbeiten muss und deshalb so etwas wie ein „Bündnis für Wohnen“.